

T-1 Tagesordnung

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 27.05.2024
Tagesordnungspunkt: T Formalia

Antragstext

- 1 TOP 1: Formalia
- 2 TOP 2: Aktuelle politische Lage
- 3 TOP 3: Rechtsruck stoppen - jetzt erst recht!
- 4 TOP 4: Rechenschaft der Fachforen
- 5 TOP 5: Verschiedenes

L1 Eine Welt in Unordnung - außenpolitische Eckpfeiler in einer Welt voller Kriege

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 20.06.2024
Tagesordnungspunkt: L Aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Eine Welt in Unordnung

2 Ob der furchtbare russische Angriffskrieg in der Ukraine, das Massaker vom 7.
3 Oktober in Israel und der Krieg im Gazastreifen, der Bürgerkrieg im Sudan oder
4 das Säbelrasseln Chinas gegenüber Taiwan: Noch nie war für unsere Generation
5 Krieg so allgegenwärtig wie derzeit. Doch die Kriege sind nicht nur näher und
6 greifbarer geworden, sie nehmen auch quantitativ zu, dauern länger und sind
7 komplizierter zu beenden. Die Zahl der Toten durch bewaffnete Konflikte ist so
8 hoch wie seit 30 Jahren nicht mehr, weltweit steigen die Militärausgaben und
9 neue geopolitische und regionale Blockkonfrontationen werden immer bedrohlicher.
10 Die Angst vor dem Krieg ist omnipräsent, in allen Umfragen rangiert sie oben bei
11 den größten Sorgen der Menschen in Deutschland.

12 Diese Situation fordert uns als Linke - die sich jahrelang vor allem
13 innenpolitischen Themen zugewendet haben - heraus, Antworten zu geben, die einen
14 Ausweg aufzeigen. Die Versuchung, aufgrund der komplexen Lage vermeintlich
15 einfache Lösungen heranzuziehen, ist groß. Doch weder bedingungsloser
16 Pazifismus, der vielen Antworten auf konkrete Konfliktlagen schuldig bleibt,
17 noch die liberale Erzählung einer Notwendigkeit zur Aufrüstung zum Schutze der
18 "regelbasierten Ordnung" kann eine wirklich linke Antwort sein. Nur, wenn wir
19 verstehen, warum gewaltsame Konflikte entstehen und uns anschauen, welche
20 Entwicklungen die Eskalation von Konflikten in Zukunft wahrscheinlicher machen
21 könnten, können wir echte langfristige Strategien für Frieden entwickeln.

22 Panzer für das nationale Interesse? Die Militarisierung zur Sicherung 23 national(istisch)er und kapitalistischer Interessen

24 Im globalen Wettbewerb um kritische Rohstoffe, geopolitische Vormachtstellungen
25 und profitable Handelsrouten konkurrieren heute sowohl die alten Mächte wie die
26 USA, EU-Staaten und Russland als auch zunehmend Staaten wie China, Iran oder
27 Saudi-Arabien. Dabei stürzen sich Regierungen nicht nur zunehmend in

28 Handelskriege und Subventionswettläufe für die eigene nationale Wirtschaft,
29 sondern rüsten gleichzeitig massiv auf. Russland rüstet sich für jahrzehntelange
30 Kriegswirtschaft. Die USA als Land mit dem größten Verteidigungshaushalt
31 weltweit gaben allein 2023 916 Milliarden US Dollar für ihr Militär aus. Chinas
32 Militärausgaben stiegen rasant an und lagen im Jahr 2023 bei 296 Milliarden US-
33 Dollar. Die Militärausgaben in Europa sind so hoch wie seit dem kalten Krieg
34 nicht mehr.

35 Dieses Wettrüsten stellen immer mehr Politiker*innen als unumgängliche
36 Absicherung deutscher und europäischer Interessen dar. Doch die Erfahrung zeigt:
37 Nicht selten spielen auch auf westlicher Seite bei Aufrüstung und militärischen
38 Interventionen imperiale Interessen eine relevante Rolle: Ob vergangene
39 Interventionen der USA zur Sicherung von Ölressourcen in den Golfstaaten oder
40 Frankreichs militärische Absicherung von Ressourcen in ehemaligen
41 westafrikanischen Kolonien: Einflussreiche Staaten sichern ihre nationalen
42 wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen zunehmend militärisch ab und
43 spielen dabei mit der Angst und dem Leid von Millionen von Menschen.
44 Gleichzeitig gerät Friedenssicherung durch Diplomatie und Kooperation weiter aus
45 dem Blickfeld.

46 Kurzum: Krieg und Militarisation gehören im Wettbewerb um Ressourcen und
47 Einfluss zum globalen kapitalistischen Alltag. Imperiale Bestrebungen wie
48 aktuell seitens Russlands setzen das Leben von Millionen Menschen aufs Spiel und
49 werden als patriotisches oder notwendiges Übel dargestellt. Kriege und
50 militärische Auseinandersetzungen bedeuten für die Mehrheit der Menschen meist
51 vor allem eins: Leiden für nationalistische und oftmals wirtschaftliche
52 Interessen von Minderheiten.

53 **Deutschland im Aufrüstungsieber**

54 Getrieben durch den russischen Angriffskrieg und Szenarien, in denen eine
55 Ausdehnung des Krieges auf weitere Teile Osteuropas, inklusive NATO-Territorien,
56 befürchtet wird, ist Deutschland im Aufrüstungsieber: Deutschland - so
57 Verteidigungsminister Pistorius wörtlich - müsse wieder kriegstüchtig werden.
58 Die Folge: 100-Mrd-Sondervermögen, Debatten über Sozialstaatsabbau zugunsten
59 weiterer Aufrüstung, Diskussionen über die Wiedereinführung der Wehrpflicht,
60 Forderungen nach Kriegsübungen an Schulen. Zeitgleich werden Gelder für
61 Diplomatie, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit gestrichen oder
62 stehen auf der Kippe. Währenddessen kämpft die demokratische Zivilgesellschaft
63 inklusive der Träger von Jugendarbeit und Freiwilligendiensten mit den Folgen
64 der Inflation: Die Entwicklung der öffentlichen Fördergelder blieb zuletzt
65 deutlich hinter der Inflation zurück und nun steht die Zivilgesellschaft vor dem
66 ultimativen Sparhammer, der mit dem Haushalt 2025 droht. Während also viele
67 Träger von Freiwilligendiensten gar nicht erst neue FSJ-Stellen ausschreiben,
68 sollen 18-Jährige verpflichtend gemustert werden und mit Anreizen zur Bundeswehr
69

70 gelockt werden, von denen FSJ-ler*innen in Krankenhäuser und Kitas nur träumen
71 können.

71 Wir halten diese Verschiebung von Prioritäten weg von Diplomatie, Kooperation
72 und Entwicklungszusammenarbeit hin zu Aufrüstung sowie die Militarisierung der
73 Gesellschaft bei gleichzeitigem Abbau von Zivilgesellschaft für gefährlich,
74 autoritär und nicht hinnehmbar.

75 Wir wollen in einer Welt leben, die auf internationalem Ausgleich von
76 Interessen, auf Kooperation statt Konkurrenz, auf Gemeinwohl ausgerichtetem
77 Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen, auf Gleichheit und Verständigung
78 beruht. Kurz: Eine Welt, in der es keinen Grund mehr gibt, Krieg zu führen und
79 in der Konflikte, so sie unvermeidbar sind, durch demokratische Aushandlung
80 unter Wahrung von Minderheitenrechten gelöst werden - und nicht Krieg. Wir sind
81 überzeugt, dass dieser Weg langfristig auf Abrüstung angewiesen ist.

82 Wir sind gleichwohl nicht so naiv zu denken, dass in Anbetracht der Bedrohung
83 durch ein von imperialen Interessen getriebenes Russland, eine einseitige
84 Abrüstung bzw. der sofortige Verzicht auf jegliche Form von Verteidigung auf
85 europäischer Seite so einfach möglich ist.

86 Wir erwarten, in Anbetracht dieser ambivalenten Lage, dass Diskussionen über
87 Waffenlieferungen und Aufrüstung mit größter Vorsicht geführt werden.
88 Reflexhaftes und moralisierendes In-die-Ecke Drängen derjenigen, die auf
89 Diplomatie und militärische Zurückhaltung setzen und vor einer Militarisierung
90 der Gesellschaft warnen, halten wir für deplatziert. Denn wer gar nicht mehr
91 nach Frieden sucht, wird ihn auch nicht herstellen können.

92 **Als Grüne Jugend können und werden wir keine detaillierten Friedenspläne für die**
93 **Ukraine, den Nahen Osten und weitere Krisengebiete vorlegen. Das würde**
94 **einerseits unseren Kompetenzbereich vollkommen übersteigen, andererseits unsere**
95 **in außenpolitischen Fragen stark begrenzte Einflussmöglichkeiten leugnen.**
96 **Stattdessen wollen wir einige Eckpfeiler festhalten, an denen sich unsere**
97 **Position in einer zunehmend von Kriegen bestimmten Welt und eines von Aufrüstung**
98 **dominierten deutschen Diskurses, orientieren soll:**

- 99 • Wir lehnen jegliche Form von Austerität zugunsten von Aufrüstung ab

- 100 • Wir setzen uns für eine Erhöhung der Gelder für Diplomatie,
101 Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention
102 ein.

- 103 • Wir fordern die Einführung eines wirksamen Rüstungskontrollgesetzes, das
104 Waffenexporte in nicht-demokratische Staaten wirksam unterbindet.

- 105 • Wir halten an von Deutschland ratifizierten internationalen
106 Abrüstungsverträgen - insbesondere dem Atomwaffensperrvertrag - fest und
107 fördern weitere Bemühungen für internationale Abrüstungsverträge.

- 108 • Wir setzen uns dafür ein, dass Kriegsdienstverweigerer aus egal welchem
109 Land in Deutschland grundsätzlich Asyl erhalten.

- 110 • Mit Blick auf den Nahen Osten unterstützen wir alle Maßnahmen, die auf die
111 Freilassung aller Geiseln und einen nachhaltigen Waffenstillstand
112 hinwirken. Wir stehen solidarisch an der Seite der linken
113 Zivilgesellschaft in Israel, die für einen Regierungswechsel, einen
114 Geiseldeal und ein Ende des Krieges eintreten. Wir unterstützen weiterhin
115 alle Bemühungen für eine 2-Staaten-Lösung. Von der Bundesregierung
116 erwarten wir, dass sie alles in ihrer Macht stehende tut, um diesen Krieg
117 zu beenden und für eine Befreiung der Geiseln zu sorgen. Die Lieferung von
118 Waffen, die im Gazastreifen eingesetzt werden könnten, muss bis auf
119 weiteres ausgesetzt bleiben. Gleichzeitig muss angesichts zunehmender
120 Angriffe an verschiedenen Fronten Israels Selbstverteidigungsfähigkeit
121 gesichert bleiben.

- 122 • Wir unterstützen Waffenlieferungen an die Ukraine, insofern ihr
123 Eskalationsrisiko sorgfältig abgewogen und Verhandlungslösungen immer
124 wieder ernsthaft ausgelotet werden. Außerdem setzen wir uns für eine
125 Erhöhung der Mittel für die zivile Infrastruktur und den Wiederaufbau in
126 der Ukraine ein.

- 127 • Wir lehnen jegliche Modelle eines "neuen Wehrdienstes" bzw. einer
128 Wehrpflicht ab, die nicht auf Freiwilligkeit beruhen. Die Verpflichtung
129 junger Menschen gegen ihren Willen lehnen wir ab.

- 130 • Wir fordern die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft - dies
131 betrifft die Förderung der Jugendarbeit genauso wie Ausbau und Stärkung
132 der Freiwilligendienste.

- 133 • In dem Wissen, dass Ressourcenkonflikte kriegerische Auseinandersetzung in
134 Zukunft auslösen und befeuern dürften, setzen wir uns mit Nachdruck für
135 effektiven Klimaschutz und Maßnahmen zur Verringerung des Rohstoffbedarfs
136 ein.

- 137 • Wir sprechen uns gegen jegliche Freihandelsabkommen aus, die
138 Abhängigkeiten des globalen Südens ausnutzen und vertiefen – und somit
139 Konfliktursachen verschärfen.

- 140 • Wir setzen uns für Technologietransfers in technologisch weniger
141 fortgeschrittene Länder und wirtschaftliche Beziehungen auf Augenhöhe ein.

- 142 • Wir setzen uns für den Erlass von Schulden überschuldeter Staaten des
143 globalen Südens ein.

- 144 • Als internationalistischer Verband solidarisieren wir uns mit allen
145 Kräften weltweit, die für Frieden und Verständigung, Kooperation,
146 Gleichheit und Menschenrechte eintreten.

Begründung

erfolgt mündlich

W1 Rechtsruck stoppen – jetzt erst recht!

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.06.2024
Tagesordnungspunkt: W Rechtsruck stoppen - jetzt erst recht!

Antragstext

1 **Es ist Rechtsruck.**

2 Die politische Stimmung war in den letzten Wochen, vor allem vor den Europa- und
3 den Kommunalwahlen, enorm aufgeheizt. Angriffe auf Politiker*innen und
4 Aktivist*innen sind nur eins von vielen Symptomen des Rechtsrucks. Die
5 Wahlergebnisse bestätigen das: Während das linke Lager herbe Verluste einstecken
6 musste, haben konservative und rechte Parteien zulegen können - abgesehen davon,
7 dass rechte Positionierungen inzwischen bis weit in die Mitte der politischen
8 Parteienlandschaft übernommen werden.

9 Die AfD konnte trotz verschiedener Skandale kurz vor der Wahl - von
10 Spionagevorwürfen bis zu Ermittlungen wegen Geldwäsche und Bestechlichkeit - ihr
11 Wahlergebnis im Vergleich zu 2019 deutlich verbessern. Besonders im Osten ist
12 sie in fast allen Landkreisen Wahlsieger. Und auch das Bündnis Sahra Wagenknecht
13 hat einen Erfolg zu verzeichnen: Aus dem Stand haben sie 6% bundesweit erreicht.
14 Ihre Positionierung als Anti-Establishment-Partei scheint zu verfangen – auch
15 wenn sowohl zahlreiche herablassende Äußerungen gegenüber
16 Bürgergeldempfänger*innen als auch Anbietern an die CDU und alles andere als
17 Anti-Establishment sind.

18 Diese Entwicklung und der Rechtsruck sind nicht überraschend. Jahrzehnte
19 neoliberaler Politik sind nicht ohne Folgen geblieben: Der Rückbau des
20 Sozialstaats, etwa durch die Agenda 2010, der Rückgang der Tarifbindung und der
21 Aufbau eines riesigen Niedriglohn-Sektors hat viele Menschen in die Prekarität
22 und die Abstiegsangst getrieben. Auf diese ohnehin schon fragile Ausgangslage
23 folgt im Moment eine Krise auf die nächste: Pandemie, Kriege, Energiekrise,
24 Inflation, Wirtschaftskrise, Klimakrise. Auf viele dieser Krisen sind die
25 Regierungen der letzten Jahre ausreichende Antworten schuldig geblieben. Die
26 notwendige Antwort wäre eine Politik, die die Krisen konsequent angeht und
27 gleichzeitig sicherstellt, dass alle Menschen während den enormen
28 Transformationsprozessen keinen Abstieg zu befürchten haben. Stattdessen sind
29 Reallohnverluste, steigende Lebenshaltungskosten und eine unsoziale Sparpolitik

30 die Realität. Was daraus folgt, ist nur logisch: Ein riesiger Vertrauensverlust
31 in breiten Teilen der Bevölkerung.

32 Dieser Vertrauensverlust ist besonders im Osten bemerkbar. Viele Menschen haben
33 während der Wendezeit enormen persönlichen Abstieg erlebt. Vier von fünf
34 Ostdeutschen verloren in den Jahren nach der Wende ihren Job und bis heute sind
35 im Osten die Löhne niedriger und der Anteil der Erwerbstätigen im
36 Niedriglohnsektor höher. In einer so fragilen, vereinzelt und enttäuschten
37 Gesellschaft haben Rechte ein besonders leichtes Spiel. Geflüchtete müssen als
38 Sündenböcke herhalten und wenn die eigene Lebensleistung abgewertet wird und
39 keinen identitären Halt mehr bietet, tut es eben das Deutschsein. Gefühlte und
40 reale Kontrollverluste in einer immer schnelleren, globalisierten und auf
41 Konkurrenz ausgelegten Welt machen eine Rückkehr in einen früheren, „normalen“,
42 stabilen Zustand attraktiv. Auch wenn es diesen so nie gab und die Vergangenheit
43 auch nicht wieder herzustellen ist verhängt die Idee.

44 **Alle zusammen einfach nur gegen Rechts?**

45 In den letzten Jahren konnte man immer wieder verschiedene Strategien gegen
46 Rechts beobachten, die gescheitert sind. Ob man Rechten entgegenkommt oder sie
47 normalisiert - rechte Gesinnungen werden immer stärker gesellschaftlich
48 verankert. Während in der Hoffnung, die asylpolitischen Debatten einfangen zu
49 können, eine besonders restriktive Asylpolitik gefahren wird, geht diese
50 Strategie offensichtlich nicht auf: Noch immer ist es für Rechte unfassbar
51 leicht, das Thema Asyl für sich zu instrumentalisieren. Die AfD plakatiert
52 mittlerweile „Das Original“ oder „Die AfD hält, was die CDU verspricht“ – ein
53 bezeichnendes Bild.

54 Und auch die argumentative Konfrontation funktioniert nicht. Zum einen, weil die
55 AfD etwa Talkshows rhetorisch immer wieder mit Whataboutism, Phrasenhopping und
56 gezieltem Tabubruch arbeitet. Zum anderen funktionieren aber auch Hinweise auf
57 ihr faktisch arbeitnehmer*innenfeindliches Programm offensichtlich nicht, ist die
58 AfD doch stärkste Kraft unter Arbeitnehmer*innen geworden. Rechte Ideologie ist
59 nicht auf das bessere Argument angewiesen, denn sie nährt sich in erster Linie
60 aus Frust, Angst und persönlicher Kränkung. Gepaart mit oberflächlicher
61 Rhetorik, die dazu geeignet ist, Menschen regelrecht zum Sieden zu bringen,
62 stachelt sie auf und erzeugt so eine immense Sogkraft. Wer diesen Mechanismus
63 mit Argumenten stoppen möchte, hat schon gegen ihn verloren. Auch deutlich zu
64 machen, wie rechtsextrem die Partei wirklich ist, hilft nicht. Denn die meisten
65 AfD-Wähler*innen wählen sie nicht trotz, sondern wegen ihrer rechten Positionen.
66 Dieser un schönen Wahrheit müssen wir ins Auge sehen.

67 Die wohl prominenteste Gegenstrategie, die von den demokratischen Parteien sowie
68 von weiten Teilen der Zivilgesellschaft in den letzten Jahren propagiert wurde ,
69 ist das „Zusammenstehen aller Demokrat*innen“. Natürlich ist es gut, dass

70 demokratische Parteien sich zumindest darauf einigen können, dass die AfD eine
71 rechtsrextreme Partei ist und hier keinen Platz haben sollte. Bei den
72 Demonstrationen gegen Rechts konnten viele Menschen Kraft schöpfen und man kann
73 nicht leugnen, dass der Rückgang der AfD-Umfragewerte im Februar auch darauf
74 zurückzuführen ist. Leider hört der partei- und bewegungsübergreifende Konsens
75 aber bereits beim „Gegen Rechts“-Sein auf. Anstatt also den Gründen für den
76 Rechtsruck gemeinsam auf den Grund zu gehen und ein politisches Programm gegen
77 sie zu entwickeln, wird nur mantraartig die eigene Opposition dagegen
78 wiederholt. Leider ohne großen Effekt. Es entsteht der Eindruck, dass der
79 Minimalkonsens der Demos eigentlich nur ist, den Status Quo gegen rechts zu
80 verteidigen. Dabei bedeutet dieser Status Quo für die allermeisten Menschen vor
81 allem materielle Sorgen, Zukunftsangst und Frust.

82 In den letzten Monaten nehmen immer mehr Politiker*innen Tik Tok als Grund für
83 den Rechtsruck ins Visier. Fest steht: Diese Plattform ist ein idealer
84 Schallverstärker für die emotionalisierenden Botschaften der AfD. Dass diese
85 Botschaften verfangen, ist allerdings nicht primär die Schuld der Plattform.
86 Obwohl es natürlich richtig ist auf Tik Tok präsent zu sein, um gerade eine
87 junge Zielgruppe zu erreichen, deren Lebensrealität sich zu großen Teilen dort
88 abspielt, ist es vermessen zu glauben, dass sich der Rechtsruck mit besseren
89 Erklär- oder Tanzvideos auf Tik Tok aufhalten lässt.

90 **Unsere Strategien gegen Rechts**

91 Klar ist: Wer den Rechtsruck wirklich stoppen will, muss sich ein ernst
92 gemeintes, klares Bild davon machen, woher er kommt, und was das Angebot von
93 Rechten für immer mehr Menschen attraktiv macht. Uns ist klar, dass sich die
94 Ursachen des Rechtsrucks nicht alleine mit ein paar sozialpolitischen
95 Schönheitskorrekturen, beheben lassen und trotzdem gibt es im Hier und Jetzt
96 vieles, was Rechten den Wind aus den Segeln nimmt. Wir wissen, dass Sparpolitik
97 Rechten in die Karten spielt. Statt einem weiteren Sparhaushalt braucht es die
98 längst überfällige Abschaffung der Schuldenbremse, ein milliarden schweres
99 Investitionsprogramm und eine gerechte Vermögensbesteuerung. Gerade in
100 Krisenzeiten spitzen sich Verteilungskonflikte immer stärker zu. Sie verlaufen
101 zwischen oben und unten, werden aber von Rechts als Konflikte zwischen innen und
102 außen, zwischen „Deutschen“ und Geflüchteten, bespielt. Verteilungskonflikte den
103 Rechten zu überlassen, ist brandgefährlich.

104 Viele Menschen suchen eine Alternative zur etablierten Politik, die sie
105 teilweise über Jahrzehnte enttäuscht und zurückgelassen hat. In unserer
106 Generation zeigt sich diese Suche konkret in der Wahl der AfD und BSW, aber auch
107 verschiedenster Kleinstparteien. Die Notwendigkeit einer neuen Politik, die es
108 im Gegensatz zu etablierten Parteien ernst meint mit der konkreten Verbesserung
109 des eigenen Lebens, die einen Fokus auf soziale Sicherheit, Gerechtigkeit,
110 sozialen Klimaschutz und den Schutz von Menschenrechten legt,, wird immer
111

112 deutlicher. Die Aufgabe jeder linken Kraft ist es jetzt, genau diese Politik zu
113 entwickeln und glaubwürdig zu vertreten. Zentral ist dafür, sich auf Augenhöhe
114 mit den Menschen, für die man Politik macht, zu begeben, und ihnen wirklich
115 zuzuhören. Leere Wahlversprechen sorgen nur für noch mehr Enttäuschung –
116 stattdessen muss langfristig und über stetige Arbeit vor Ort Vertrauen aufgebaut
117 werden. Nur über diese Präsenz im Alltag lässt sich eine neue Solidarität
118 aufbauen, die eine echte Alternative zur ausgrenzenden Volksgemeinschaft der
Rechten sowie zum ungerechten Status Quo der etablierten Parteien bieten kann.

119 **Und wir?**

120 Als Grüne Jugend haben wir bereits mit der kein-Bock-auf-Krise-Kampagne
121 begonnen, statt leere Versprechen zu propagieren, echte Gespräche zu führen und
122 herauszufinden, was junge Menschen wirklich bewegt. Darauf wollen wir aufbauen
123 und über verschiedenste Projekte und Kampagnen Ansätze solidarischer
124 Zusammenschlüsse für junge Menschen vor Ort ermöglichen.

125 Die Zeit vor den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg wollen wir
126 nutzen, um mit jungen Menschen über ihren Alltag und darüber, wie sie gerade auf
127 Politik blicken, ins Gespräch zu kommen und sie dazu zu bewegen, sich politisch
128 zu engagieren.

129 Nach Abschluss der Evaluationen unserer Kampagne zur Europawahl sowie der
130 Landtagswahl-Kampagnen , wollen wir beim Bundeskongress dann einen Blick ins
131 nächste Jahr werfen und die Eckpfeiler für die Bundtagswahl-Kampagne aufstellen
132 sowie das Kampagnenteam, das diese entwerfen soll, wählen.

133 Uns ist bei all dem bewusst: Unsere langfristige Strategie erfordert viel
134 Durchhaltevermögen und ist eine echte Herausforderung. Gleichzeitig ist sie
135 unsere einzige realistische Option, um dem Rechtsruck auf lange Sicht
136 beizukommen. Schließen wir uns also zusammen, krempeln die Ärmel hoch und fangen
137 an!